

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Henay

Zweite Ausgabe

Wien, Dienstag, den 7. Juni 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 7. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Gemeinderat Grünfeld berichtet über die Auswechslung der Kesselanlage in der Gärtnerei des Wiener Zentralfriedhofes. Die Anlage ist seit 23 Jahren in Verwendung; die Reparatur würde nahezu so viel kosten, wie die neuen Kessel. Es wird deshalb die Auswechslung der Kesselanlage beantragt. Die Kosten betragen 23.000 Schilling. Dazu spricht GR. Prinke (E.L.) Er beschäftigt sich mit dem Zentralfriedhof und bezeichnet die Verwaltung als peinliche Sauwirtschaft. Die Wege im Friedhof sind nur bei den Eingängen in tadelloser Ordnung, wenn man aber weiter hinein komme, dann sind sie ungepflegt. Bürgermeister Seitz unterbricht hierauf den Redner und fordert ihn auf zur Sache zu sprechen. GR. Prinke erklärt, dass die Mitglieder der Mehrheit in diesem Saal Wahlreden gehalten haben, weshalb es auch ihm gestattet sein müsse, sich mit dem Zentralfriedhof zu beschäftigen. Die Kirche im Zentralfriedhof, die ein Meisterwerk der Baukunst ist, werde nur dann geöffnet, wenn eine Einsegnung durchgeführt wird. Der Bürgermeister unterbricht neuerlich den Redner mit der Aufforderung zur Sache zu sprechen. GR. Prinke erklärt nunmehr, dass er sich mit der Kesselanlage befassen werde. Er führt aus, dass im Frieden neunzig Gärtner beschäftigt worden sind, während jetzt nur 36 verwendet werden. Der Bürgermeister ruft dem Redner neuerlich zur Sache. Bei der Minderheit entsteht Unruhe. GR. Prinke ruft: Nachdem ich sehe, dass in diesem Saale nur die Söhne Israels sprechen können, verzichte ich aufs Wort. GR. Broczyna (Soz. Dem.) ruft: Vor den Wahlen habt Ihr anders über die Söhne Israels gesprochen! (Lebhafte Heiterkeit). Bürgermeister Seitz ruft den GR. Prinke zur Ordnung.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Grünfeld beantragt die Anschaffung eines Harmoniums in der Kapelle der Leichenhalle im Wiener Zentralfriedhof. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Hiess stellt den Antrag, dem Verschönerungsverein Jedlese für die Betreuung des Floridsdorfer Anparks eine Subvention von dreitausend Schilling zu gewähren.

Vizebürgermeister Hoss bemängelt, dass man einen Teil dieser Anlage an eine Jugendorganisation vergeben habe, wodurch dieser Teil der Bevölkerung entzogen wurde. Es wäre möglich, durch die Aufschüttung des anschließenden Terrains die Anlage zu vergrössern. Dadurch könnte man übrigens auch einen Spielplatz gewinnen.

GR. Hiess erklärt, diese Anregung an die zuständige Stelle weiter zu leiten. Der Antrag wird angenommen.

GR. Hiess beantragt dem Verein zur Erleichterung für Gemeinschaftsküchen das Gemeindedarlehen von 25.000 Schilling bis 30. Juli 1930 zu verlängern. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

GR. Hiess stellt den Antrag, dem Verein Distriktskrankenpflege eine Subvention von zehntausend Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass gegen die Subventionierung dieses Vereines nichts einzuwenden sei. Es ist aber auffällig, dass gewisse Vereine reichlich bedacht werden, obwohl sie relativ wenig leisten. Andere Vereine, die auf dem Gebiet der Fürsorge bahnbrechend wirken, erhalten von der Gemeinde nichts. Der Verein Distriktskrankenpflege ist eine Nachbildung des Vereines für Hauskrankenpflege, der aber von der

Gemeinde nur eine sehr geringe Würdigung erfahre. Er hat nur für seine Schwestern, die Strassenbahnfahrten für die Krankenbesuche ersetzt bekommen. Vom Standpunkt einer vernünftigen Fürsorgepolitik müssen aber gerade solche Vereine unterstützt werden. Die Mehrheit könne sich aber zu einem objektiven Standpunkt noch immer nicht aufschwingen. Der Verein Hauskrankenpflege hat im letzten Jahr 12.000 ganze Pflage tage zu verzeichnen, er hat 47.000 Krankenbesuche durchgeführt, besitzt 27 Ortsgruppen mit 31 Pflage stationen und 59 Schwestern. Es sei notwendig, dass die Mehrheit objektives Wirken anerkenne und nicht einseitig vorgehe.

GR. Hiess erwidert, dass der Verein Distriktskrankenpflege bereits seit 25 Jahren bestehe, er aber nur eine relativ geringere Tätigkeit ausüben konnte, weil die frühere Gemeindeverwaltung diesem Verein jede Unterstützung versagt hat. Der Verein hat aber im Jahre 1926 nicht weniger als 3479 Pflage tage zu verzeichnen und entwickelt eine vorbildliche Tätigkeit.

Der Referentenantrag wird angenommen.

G. R. Hiess beantragt die Subventionierung des Touristenvereines "Die Naturfreunde" mit dem Betrag von 10.000 Schilling. Zur Deckung des Mehrererfordernisses wird ein Zuschusskredit benötigt, der auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen werden soll. Die Subvention ist deshalb notwendig, weil der Verein die Schutzhütte auf dem Schneeberg, die voriges Jahr abgebrannt ist, wieder neu errichten muss und infolge der immer steigenden Zahl von Mitgliedern auch andere neue Hütten herstellen wird. Dies umsomehr, da die Mitglieder der Naturfreunde in Schutzhütten anderer Vereine horrendo Eintrittsgebühren zahlen müssen, ja Mitgliedern des Vereines "die Naturfreunde", dessen Mitglieder bis zu 99 Prozent Arier sind infolge des Arierparagrafen in die Hütten anderer Vereine keinen Zutritt haben.

G. R. Wawerka (E.L.) bemängelt zunächst, dass die Subvention auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen werden soll, das jedenfalls ein schlechter Witz sein soll. Die Subventionierung der Naturfreunde kehrt jedes Jahr wieder, ja sie steht sogar in manchem Jahr mehr als einmal auf der Tagesordnung. Am 26. Juni 1923, am 15. Oktober 1923, am 4. April 1924 im Februar 1926 wurden die Naturfreunde mit je 10.000 Schilling subventioniert und heute, auf der ersten Tagesordnung des neuen Gemeinderates steht wieder die Subventionierung mit dem gleichen Betrag. Bis jetzt haben also die Naturfreunde 50.000 Schilling bewilligt bekommen. Wir haben nichts dagegen, wenn die Naturfreunde subventioniert werden, aber wir protestieren gegen die Praxis, die Sie sich bei Subventionierungen zurechtgelegt haben. Von Ihnen werden ausschliesslich Parteivereine subventioniert, und wenn hier und da einmal ein anderer Verein eine Subvention bekommt, so bestätigt eben eine Ausnahme die Regel. Bei Subventionierungen legen Sie sich eine Frage vor. Ist der Verein rot, dann wird er subventioniert, ist er aber unparteiisch oder gar christlichsozial oder grossdeutsch, dann wird er eben nicht subventioniert. Ihre feindselige Haltung gegen die anderen Touristenvereine soll die Hüttenfrage und der Arierparagraf begründen. Wenn Sie behaupten, dass die Mitglieder der Naturfreunde in den Hütten anderer Vereine hohe Tarife zahlen müssen oder gar vom Eintritt in die Hütten anderer Vereine ausgeschlossen sind, so ist das eine krasse Unwahrheit. Bei den Hüttenpreisen besteht nur eine Differenz und zwar für Mitglieder dem Kartell angeschlossener, und dem Kartell nicht angeschlossener Vereine. Eine Praxis, die die Naturfreunde selbst auch ausüben. Der Touristenklub hat zum Beispiel in seinen Hütten folgende Bettpreise: 1 Schilling 80 für

Zweiter Bogen.

die eigenen Mitglieder, zwei Schilling 80 für die Mitglieder des Gebirgsvereines, des Alpenvereins und der Naturfreunde. Der Preis von drei Schilling 50 gilt für die Mitglieder der Vereine, die dem Kartell nicht beigetreten sind, das sind zum Beispiel die Mitglieder des deutschen und österreichischen Alpenvereines. Die Behauptung, dass die Naturfreunde in die Hütten der anderen Vereine nicht eingelassen werden ist ebenfalls vollkommen unrichtig. Der Herr Referent hat sich auch darauf berufen, dass die Naturfreunde eine Reihe von Hütten errichtet haben und viele Menschen der Touristik zugeführt haben. Was nun die Hüttenbautätigkeit der Naturfreunde anlangt, so steht diese weit zurück. Aus einem Verzeichnis aus dem Jahre 1925 aus der Bergsteigerzeitung ist zu ersehen, dass der deutsche und österreichische Alpenverein 300 Hütten hat, der Touristenklub 43, der Gebirgsverein 12 und die Naturfreunde wohl 110, von denen aber nur 16 als wirkliche alpine Hütten angesehen werden können. Wenn nun der deutsche und österreichische Alpenverein dem Kartell nicht beigetreten ist, so entsprang dies keiner feindseeligen Haltung gegenüber den anderen Vereinen sondern er hätte für seine Leistungen an Vereine mit zum Beispiel nur 16 Hütten keine Gegenleistung.

Sie sagen auch, dass die bürgerlichen Touristenvereine in den Bergen Politik treiben. Im Gegensatz zu einem Teil von Vereinen, die den Arierparagraphen haben, sagen Sie, dass die Naturfreunde keine Politik betreiben. Ich jedoch kenne keinen Verein, der so politisch tätig ist, wie die Naturfreunde. Die Naturfreunde nehmen nur Sozialdemokraten als Mitglieder auf. Er ist für die sozialdemokratische Partei ein Kampfverein und das ist schliesslich der Grund zur Subventionierung. Wenn Sie leugnen, dass die Naturfreunde Politik aktiv betreiben, so will ich nur einen Vorfall zur Sprache bringen, der sich zu Ostern auf der Rax zugetragen hat. Da sind Naturfreunde über das Plateau gezogen und haben gesungen: Habt acht und ladet schnelle, Weicht ja nicht ab von der Stelle... und der Schluss war: der Hittler muss krepieren. Ist schon an und für sich so ein Kampflied in den Bergen eine Geschmacklosigkeit so ist es auf jeden Fall in aller Schärfe zu verurteilen. Ich selbst habe einmal Jugendliche Naturfreunde auf der Teufelsbadstube, in einer langen Kolonne ansteigend, gesehen und sie trugen eine rote Fahne. Wenn da nicht Politik dahinter steckt, dann weiss ich es wirklich nicht, wo Politik dahintersteckt. (Stadtrat Rummelhardt: Die Gemein wollten sie organisieren!) Ihre parteipolitische Subventionspolitik gegenüber den Naturfreunden üben Sie nicht wegen der Hüttenfrage sondern nur deswegen, weil die Naturfreunde die Menschen, die Touristik betreiben und betreiben wollen, politisch organisieren. Die anderen Vereine lassen sie glatt bei Seite, obwohl diese schon sehr viel für die Touristik getan haben. Der Touristenklub hat im Wienerwald nahezu alle Wegmarkierungen durchgeführt und im Verein mit dem Alpenverein hat er die Wegmarkierungen auf der Rax und auf dem Schneeberg geschaffen und so diese zwei Berge erst dem allgemeinen Besuch zugänglich gemacht. Das aber gilt nicht für Sie.

Ich habe nun in Anwesenheit des Herrn Bürgermeisters eine Beschwerde gegen eine Praxis vorzubringen, die Sie in den letzten Jahren üben. Früher haben wir ein Verzeichnis bekommen, aus dem man alle Vereine ersah, die um eine Subventionierung eingereicht haben, die subventioniert und die schliesslich abgewiesen würden. So ein Verzeichnis bekommen wir seit Jahren nicht mehr. Der Opposition ist jede Kontrolle hinsichtlich der Subventionierungen genommen. Nur auf Grund eines solchen Verzeichnisses war es mir einmal möglich, eine grosse Ungerechtigkeit zu verhindern. Der alpine Rettungsausschuss sollte abgewiesen werden, ich habe aber im Gemeinderat dagegen Protest eingelegt und seit dieser Zeit wird der alpine Rettungsausschuss subventioniert. Was ist es nun mit dem Verzeichnis?

Bürgermeister Seitz: Ich hat Ihnen schon erklärt, dass ich nicht in der Lage bin, auf Ihren Wunsch einzugehen.

G.R. Wawerka: Gewiss, haben Sie Herr Bürgermeister mir schon erklärt.....

Bürgermeister Seitz: Wenn Sie es ja wissen, dann ist ja die Sache erledigt.

G.R. Wawerka fortgehend: Nur durch die Vorlage des Verzeichnisses war es der Opposition damals möglich, eine Ungerechtigkeit zu verhindern.

Geben Sie uns aber keine Einsicht in die Verwaltung, dann ist die Verwaltung eine kontrollose und ich muss die Verhandlungen als Komödie bezeichnen. Wenn Sie aber wollen, dass wir kontrollieren und ernsthaft mitarbeiten sollen, dann werden Sie dem Antrag zustimmen, dass dem Gemeinderat wieder eine Tabelle vorgelegt werde, aus der die Vereine zu ersehen sind, die um eine Subventionierung eingereicht haben, denen eine Subvention bewilligt wurde und die abgewiesen wurden. Ich bitte um die Annahme meines Antrages, damit der Opposition eine Kontrolle ermöglicht werde. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Dr. Wagner (E.L.): Es ist unsere Auffassung, dass es einer solchen reichen Gemeinde nur würdig sei, Subventionen in weitgehendstem Ausmass zu treiben. Die Subventionspolitik darf aber nicht eine parteimässige sein. Wir stehen hier vor der Frage der Subventionierung eines Touristenvereines. Wir begrüssen es, dass Menschen die Berge besteigen und halten es schon im Interesse des Fremdenverkehrs für förderungswürdig und notwendig, Touristenvereine zu subventionieren, weil sie die Menschen zur Touristik anregen. Von der Opposition wird aber über die parteiliche Verwendung von Gemeindegeldern immer Klage geführt. Die Mehrheit behauptet, die Gemeindegelder nicht parteilich zu verwenden. Sieht man aber dann, was beschlossen wird, dass alle Anträge der Opposition abgelehnt und alle Anträge der Mehrheit beschlossen werden, dann kann man an Ihre Behauptung nicht glauben.

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, aber mit sehr gemischten Gefühlen. Es ist merkwürdig, dass gerade ein Verein subventioniert werden soll, der in der Bergsteigerwelt der unbedeutendste ist. Gewiss ist die Zahl der Mitglieder sehr gross, aber seine Tätigkeit in der Erschliessung der Bergwelt ist ausserordentlich unbedeutend. Trotzdem begrüsse ich seine Subvention, weil wir es begrüssen, dass deutsche Arbeiter in die Berge gehen. Aber Sie müssen auch anderen Vereinen eine Subvention ermöglichen.

Ich will nun einen Vorfall der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, der sich zwischen der Gemeinde Wien und dem deutschen und österreichischen Alpenverein zugetragen hat. Dieser Verein besteht seit 1864 und als deutsch- und österreichischer Alpenverein seit 1870. Er hält nun dieses Jahr in Wien seine Hauptversammlung ab. Obwohl der Herr Bürgermeister in seiner Eröffnungsrede gesagt hat, er begrüsse es, dass Wien eine Stadt der Kongresse geworden sei, will ich auf einen Briefwechsel zwischen dem Herrn Bürgermeister und dem deutschen und österreichischen Alpenverein eingehen. Am 14. Jänner 1927 hat der Festausschuss der Hauptversammlung an den Herrn Bürgermeister einen Brief gerichtet, worin er gebeten wurde, dem Ausschuss als Ehrenmitglied einzutreten und einen Vertreter der Stadt Wien in den Ausschuss zu entsenden. Monatlang wurde auf den Brief keine Antwort erteilt (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Das ist eine Schande) ein zweites Schreiben wurde ebenfalls nicht beantwortet und mehrere Versprachen misslangen. Erst am 5. April 1927 antwortete der Herr Bürgermeister, dass es ihm nicht möglich sei, in den Festausschuss einzutreten weil die Veranstalter hinsichtlich der Rasse und Religion einseitig eingestellt seien. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Stadtrat Rummelhardt: Das sind schöne Demokraten! Gemeinderat Preyer: Sie schänden ja die Demokratie! Bei der Minderheit fallen Zwischenrufe: Judodemokratie.

Bürgermeister Seitz: Ich bitte um Ruhe. Da ich schon aus den einleitenden Bemerkungen des Herrn Redners ersehen habe, dass es sich um einen Angriff gegen den Bürgermeister handeln wird, habe ich gezögert ihn zur Sache zu rufen. Ich bitte das Haus deshalb um Entschuldigung. (GR. Dr. Wagner: Es handelt sich nicht um einen Angriff gegen Sie, Herr Bürgermeister!) Es hätte aber doch den Eindruck gemacht, dass ich irgend eine Verantwortung scheue. Was nun diesen Schriftwechsel anlangt, so hat ihn ja Herr Dr. Wagner zur Kenntnis gebracht. Ich stehe natürlich nach wie vor ganz auf dem Standpunkt, den ich in diesem Briefe gekennzeichnet habe und halte ihn unter den derzeitigen Verhältnissen. (GR. Preyer: Hoch die Demokratie!) für den einzig möglichen, den jeder Bürgermeister einnehmen müsste, der in Wien überhaupt politisch-theoretisch denkbar ist. (Heiterkeit bei den Einheitslistlern).

Die Stellung der Einheitsliste zur Frage des Antisemitismus ist durch ihren Führer Dr. Seipel in der Wahlbewegung klar gestellt worden, so dass wir ohne weiteres - und Herr Seipel wird mich gewiss nicht berechtigen - annehmen können, dass auch er auf dem Standpunkt steht, dass alle Bürger ohne Unterschied der Rasse und der Religion gleiche Rechte haben. (Rufe bei den Einheitslistlern: Das eben wollen wir ja! - Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: - GR. Dr. Wagner: darf ich jetzt weiter sprechen?) Diese Revision des Programmes der antisemitischen Partei erleichtert mir wesentlich die Stellung, denn beide Parteien, die heute in Oesterreich in der Regierung des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde, politisch denkbar sind, stehen auf diesem Standpunkt, also sowohl die demokratische, d. h. hier die sozialdemokratische Partei (Rufe bei den Einheitslistlern: Das ist richtiger!) als auch die Partei der Einheitsliste (Rufe bei den Einheitslistlern: Die gibt es nicht!) und andere grössere Parteien gibt es ja hier nicht. Wenn ein Schreiben des Verbandes, der hier gekennzeichnet worden ist, vom Bürgermeister nicht so rechtzeitig beantwortet wurde, wie es vielleicht ihm selbst oder insbesondere dem Schreibern dieser Enfrage erwünscht gewesen wäre, so ist das sehr leicht erklärlich. Es war notwendig, eine ganz einwandfreie Feststellung über diesen sogenannten Arierparagraphen zu machen. (Zustimmung bei den Einheitslistlern.) Es waren darüber Erhebungen notwendig (GR. Untermüller: Bei den Naturfreunden! Da musste der ^{Happisch} gefragt werden!) Nicht nur bei den Naturfreunden, sondern auch bei vielen anderen derartigen Vereinen und gewissen behördlichen Stellen, bis man den Sachverhalt, dass dort wirklich vielfach der Arierparagraph gilt, vollkommen klar gestellt hat. Schliesslich konnte der Bürgermeister von Wien keine andere Antwort geben, als die erwähnte, die Herr Herr GR. Wagner vorhin verlesen hat. Ich habe mich überdies wegen der Verzögerung der Antwort entschuldigt und einige Gründe dafür angegeben. Ich habe also vollkommen ^{korrekt} und sachgemäß gehandelt und glaube, dass wir diesen Gegenstand nun abschließen und zur Sache kommen können. (Zwischenrufe des GR. Miller.) - Aber Herr GR. Miller lassen Sie doch Ihren eigenen Parteigenossen reden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

GR. Dr. Wagner (fortfahrend): Ich bitte den Herrn Bürgermeister zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht der Parteigenosse der Christlichsozialen bin. (Gelächter bei den Sozialdemokraten) Wenn Sie die Fiktion, dass eine Wahlgemeinschaft eine politische Partei sei, aufrecht erhalten, so stellt das Ihrer politischen Reife nicht gerade das beste Zeugnis aus. (Beifall bei den Einheitslistlern.) Ich bitte den Herrn Bürgermeister nochmals, gütigst zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht ein Parteigenosse der Christlichsozialen, sondern ein Großdeutscher bin.

Bürgermeister Seitz: Es kann jederzeit aus den Akten der Wahl festgestellt werden, dass sich bei den Wahlen hauptsächlich zwei Listen oder Parteien um Gemeinderatsmandate in Wien beworben haben! Die sozialdemokratische Liste und die Einheitsliste. (Zwischenrufe bei den Einheitslistlern.) Was einzelne Personen und einzelne Gruppen der hier amtlich vorliegenden Liste untereinander vereinbart haben, das ist vollkommen gleichgiltig. (Neuerliche Zwischenrufe bei den Einheitslistlern Zustimmung bei der Mehrheit.)

G. R. Dr. Wagner: 1914 machten die Sozialdemokraten in Bayern mit der Zentrumsparthei eine Einheitsliste. (Beifall bei den Mitgliedern der Einheitsliste). Zwischen einer Wahlpartei und einer politischen Partei besteht ein grosser Unterschied! (Beifall bei der Minderheit). Dem Ehrenausschuss gehören an Bundespräsident Hainisch die Mitglieder der Bundesregierung, der deutsche Gesandte Lerchenfeld und die höchsten Spitzen der Behörden und Diplomaten. Der deutsche und österreichische Alpenverein hat 300 Sektionen und davon hundert in Oesterreich. Die Erschliessung der Ostalpen durch ihn ist von überragender Bedeutung und für Bauten und wissenschaftliche Arbeiten in Oesterreich im Jahre 1924 acht ein halb Milliarden, im Jahre 1925 16 ein halb Milliarden und im Vorjahre 19 Milliarden investiert. Ihm eine Subvention zu geben soll wenigstens eine Anerkennung dafür sein. Dass er den Arierparagraphen hat ist nicht richtig. Lediglich einige Sektionen haben den Arierparagraph eingeführt und da ist die Frage, ob es ungesetzlich ist, einen Arierparagraph zu haben. Wir werden darüber Gelegenheit haben, in der Budgetberatung zu sprechen. Der Herr Bürgermeister ist aber in dem Ehrenausschuss des zehnten Sängerbundesfestes, das im nächsten Jahre in Wien stattfinden, eingetreten. Dort hat ein sehr grosser Gau den Arierparagraphen. Aber bei der Hauptversammlung des deutschen und österreichischen Alpenvereines kommen nur 3.000 bis 5.000 Volksgenossen nach Wien um bei der Tagung des Sängerbundesfestes ^{ungeheuer} mehr. Da wäre es auffällig, wenn der Herr Bürgermeister fehlen würde und daher war er diesmal nicht konsequent. Die Tagung des deutschen und österreichischen Alpenvereines war sogar wegen der ablehnenden Antwort des Herrn Bürgermeisters in Frage gestellt. Bei einer früheren Hauptversammlung hat Vizebürgermeister Neumayer die reichsdeutschen Gäste begrüsst, es hat ein Empfang im Rathaus stattgefunden und sogar Rohrauer, der Begründer der Naturfreunde hat die Tagung begrüsst. Es bestehen also zwischen den frühren Ansichten der Sozialdemokraten und den heutigen grosse Unterschiede. Wir würden, dass die deutschen Arbeiter an unseren Bergen eine Freude haben. Wir stimmen daher für den Antrag und ich stelle den Zusatzantrag, dass der Festausschuss mit ebenfalls 10.000 Schilling subventioniert werde, um der Gemeinde Gelegenheit zu geben, den schweren Fehler des Herrn ^{gut} Bürgermeisters zu machen. (Beifall bei der Minderheit).

G. R. Hiess erklärt, dass in Oesterreich viele Sektionen des Alpenvereines den Arierparagraphen haben. Es ist unrichtig, dass die Naturfreunde nur Sozialdemokraten aufnehmen. Richtig ist, dass bei den Naturfreunden zum überwiegenden Teil Arbeiter und Angestellte sind, die die hohen Ueberbürdungsgebühren in den Schutzhütten der anderen Vereine nicht bezahlen können. Die Gemeinde unterstütze deshalb den Verein, damit er möglichst viele Schutzhütten erbauen könne. Eine Liste der Vereine, die um Subvention angewacht haben, könne nicht vorgelegt werden, weil der Gemeinderat nur positiv und nicht negativ entscheiden kann.

G. R. Kunschak: Die Abweisung eines Ansuchens ist auch eine positive Entscheidung!

Der Antrag auf Subvention der Naturfreunde wird angenommen, die Anträge der Gemeinderäte Wawerka und Wagner werden abgelehnt.

G. R. Hofbauer (soz. dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 60.000 Schilling für die Gewährung von Krediten zur Ausgestaltung von Kleingartenanlagen.

G. R. Ulreich (E. L.) erinnert, dass er schon bei der Beratung des Voranschlages die Höhe des Kredites für ungenügend befunden hat. Jetzt stellt sich bereits heraus, dass ein Zuschusskredit notwendig ist. Es wäre vernünftiger gewesen, einen höheren Betrag einzusetzen.

G. R. Hofbauer erwidert, dass in früheren Jahren der Betrag nie aufgebraucht wurde, während heuer von den Vereinen grosse Kreditansuchen vorliegen, die man nicht voraussehen konnte. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

St.R. Siegel beantragt einen Zuschusskredit von 212.000 Schilling für die Anschaffung von Kehrlichtkübeln.

G.R. Eggen (E.L.) bemängelt, dass viele Colonia Kübel schlecht schliessen, was zur Staubentwicklung führt. Es ist auch manchmal unmöglich, dass die Arbeiter die Gefässe in den Wagen entleeren können, weil der Kehrlicht nicht herausgeht. Es muss dann mit Eisenstangen nachgeholfen werden, wobei wieder Staub entwickelt wird. Auch in den Gemeindehäusern wird bei der Aufstellung der Gefässe sehr ungeschickt vorgegangen. In den alten Häusern werden oft die Kübel unterhalb von Fenstern in den Höfen angebracht und die Leute bekommen den Staub in die Wohnung.

St.R. Siegel erwidert, dass bereits eine mechanische Vorrichtung angewendet werde, die das Einrütteln des Kehrlichts verhindere. Die Aufstellung der Kehrlichtgefässe ist vielfach ein schwer zu lösendes Problem, es werde aber immer im Einvernehmen mit den Parteien vorgegangen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel beantragt einen Zuschusskredit von 24.400 Schilling für Mehrverbrauch von Gas- und Strom in den städtischen Schulen.

G.R. Höppeler (E.L.) sagt, dass in den Wiener Schulen allgemein über die Beleuchtung geklagt wird. In Ottakring bestehen 41 Schulen, davon wurden 14 Schulen von der christlichsozialen Verwaltung gebaut, die alle tadellos elektrisch beleuchtet sind. Von den übrigen Schulen sind bis jetzt nur fünf elektrisch beleuchtet worden. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung hat kein einziges Schulgebäude errichtet, sie hat sogar Schulgebäude aufgelassen und hätte wenigstens alle Schulen elektrisch beleuchten können. In der Neumayerschule hat man nur im zweiten Stock das elektrische Licht eingeleitet, weil dort die Klassen für die schwachen Kinder sind. Man hätte doch können gleich die ganze Schule elektrisch beleuchten. Ähnliche Klagen kommen auch aus den übrigen Bezirken. Es wird immer so viel von der Fürsorge geredet, aber hier geschieht gar nichts. Auf der einen Seite werden Schulärzte bestellt und auf der anderen Seite wird das Augenlicht der Kinder geschädigt.

St.R. Siegel erklärt, dass Jahr für Jahr fünfzehn Schulen elektrisch beleuchtet werden. Die Aktion werde fortgesetzt, aber schon aus technischen Gründen sei eine sofortige Elektrifizierung aller Schulen nicht durchführbar.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Kohl (soz. dem.) will nun über den Ankauf eines Hauses auf der Landstrasse berichten. Als er den Referententisch tritt, erhebt sich bei der Minderheit grosser Lärm. Gemeinderat Kunschak ruft: Den Menschen schicken Sie aufs Drausfeld! Das ist doch eine Schande für den Gemeinderat! Die Christlichsozialen rufen ununterbrochen: Der Watschenkohl als Referent! Abzug! Schande!

Inzwischen hat Gemeinderat Kohl nur für die Stenographen verständlich den Antrag gestellt, dass Haus in der Rabengasse Nr. 20 anzukaufen. Der Vorsitzende erteilt nun dem Gemeinderat Binder (E.L.) das Wort, der aber sich ebenfalls infolge des Lärms nicht verständlich machen kann. Als etwas Ruhe eingetreten ist, sagt Gemeinderat Binder: Ich muss meine Verwunderung darüber aussprechen, dass Gemeinderat Kohl hier am Referententisch erscheint!

G.R. Eisinger (soz. dem.): Es wird noch öfter erscheinen!

Dieser Zwischenruf entfesselt einen neuen Sturm bei der Minderheit. Gemeinderat Huber ruft: Ein öffentlicher Gewalttäter und ein Verleumder! Gemeinderat Eisinger: Das Urteil der Hausherrnvertreter ist für uns nicht entscheidend! Gemeinderat Binder setzt nun, als etwas Ruhe eingetreten ist, seine Ausführungen fort: Es würde der Würde des Gemeinderates besser entsprechen, wenn Gemeinderat Kohl nicht referieren würde. (Beifall bei der Minderheit). Wir verlangen, dass Kohl nicht mehr referiert! (Gelächter bei der

Mehrheit). Bei den Hauskäufen nimmt die Gemeinde Wien jetzt Manieren an, die mehr den ostgalizischen Sitten entsprechen. Den Leuten, die verkaufen müssen, wird das Haus abgepresst. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Der Vorsitzende erteilt nun dem Gemeinderat Kohl zur Erwiderung das Wort, doch erhebt sich sofort bei der Minderheit grosser Lärm. Man hört aber dann den Gemeinderat Kohl laut rufen: Ich finde es unter meiner Würde, Ihnen zu antworten und bitte um die Annahme des Antrages. Der Antrag wird dann angenommen.

G.R. Schön (soz. dem.) beantragt den Ankauf eines Grundstückes zwischen der Linken Wienzeile und Magdalenenstrasse.

G.R. Schinner (E.L.) wünscht, dass der Innere Mariahilfergürtel reguliert werde, damit dort der Strassenbahnverkehr ermöglicht wird. Um die Regulierung der Linken Wienzeile fortsetzen zu können, sollen die Grundstücke, die dazu notwendig sind, ebenfalls angekauft werden.

G.R. Schön erwidert, dass bereits Verhandlungen im Zug sind und dass die Regulierung des inneren Mariahilfergürtels in Beratung stehe. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schön beantragt einen Zuschusskredit von 25.900 Schilling für Schulerforderhisse.

G.R. Schlössinger (E.L.) bemängelt, dass in den Voranschlag für diesen Zweck gegenüber 1925 um 364.000 Schilling weniger eingestellt worden ist. Sie beantragt, dass die Elektrifizierung der Schulklassen raschestens durchgeführt werde, dass die Reinigung der Fenster in den Schulen jeden Monat zu erfolgen habe, dass die veralteten Schulbänke durch moderne ersetzt werden und dass alle Vorkehrungen zu treffen sind, damit im kommenden Schuljahre an den Mädchenbürgerschulen Schulküchen errichtet werden. Schliesslich kritisiert sie die Zustände in der Schule Speisingerstrasse. Die Schule ist viel zu klein, weil dort Siedlungen entstanden sind. Man hat deshalb das Lehrmittel- und das Konferenzzimmer in Schulklassen umgewandelt und in diese kleinen Zimmer je 33 Kinder hineingepfercht. Wenn das in einer Privatschule geschehe, wäre sie schon gesperrt worden, die Gemeinde dürfe sich aber so etwas erlauben.

G.R. Schön verweist darauf, dass bereits heuer 75 Klassen mit den neuen Bänken ausgestattet worden sind, dass auch zwei Schulküchen errichtet wurden und systematisch die elektrische Beleuchtung eingeführt werde.

Der Referentenantrag wird angenommen und die Anträge der Frau Gemeinderätin Schlössinger werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

G.R. Lösch (soz. dem.) berichtet über die Verhandlungen wegen des Ankaufes von Grundflächen zwischen Wiednergürtel und Schelleingasse. Die Gemeinde will dort einen Wohnhausbau errichten. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Meidl (soz. dem.) beantragt dem Verein für Geschichte der Stadt Wien eine Subvention von 1.500 Schilling zu gewähren.

G.R. Höppeler (E.L.) fragt, ob der Verein schon früher subventioniert wurde und ob die Gemeinde ihm weiter subventionieren wolle.

G.R. Meidl erwidert, dass der Verein seit 1925 subventioniert werde und entsprechend seiner Leistungen auch in Zukunft auf eine Unterstützung rechnen könne, worauf der Antrag angenommen wird.

G.R. Neubauer (soz. dem.) beantragt der Zeitschrift für Heilpädagogik, die von Lehrern herausgegeben wird, eine Subvention von fünfhundert Schilling zu bewilligen. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

E.R. Neubauer beantragt dem Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Vorkämpferin auf dem Gebiet der Frauenrechte Auguste Fickert eine Subvention von 1000 Schilling zu bewilligen.

Fünfter Bogen.

G.R. Uebelhör (E.L.) wünscht Auskunft über die Aufstellung dieses Denkmals, weil man früher schlechte Erfahrungen gemacht habe. So befindet sich das Mozart-Denkmal auf einem sehr ungünstigen Platz.

G.R. Neubauer antwortet, dass dieses Denkmal im Heinhof, in der grossen Einküchenhausanlage in Fünfhaus aufgestellt werden soll. Die Kosten betragen 20.000 Schilling. Der Antrag wird angenommen.

GR. Dr. Neubauer beantragt weiters die Subventionierung der biologischen Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften mit 2000 Schilling

GR. Dr. Hengl (E.L.) stellt den Antrag, den Betrag auf zehntausend Schilling zu erhöhen.

Nach dem Schlusswort des Referenten will der Vorsitzende Weigl den Referentenantrag abstimmen lassen. Bei der Minderheit entsteht Märm, der Referentenantrag wird angenommen und StR. Kunschak ruft dem Vorsitzenden zu, dass der Gegenantrag zuerst abgestimmt werden müsse. GR. Weigl antwortet, dass beim Vorsitzenden kein Antrag eingebracht wurde und daher die Sache erledigt ist. StR. Kunschak: Die Sache ist nicht erledigt, der Antrag muss abgestimmt werden. GR. Weigl: Ich stelle fest, dass sowohl beim Vorsitzenden, als auch bei den Schriftführern und beim Referenten ein Antrag nicht eingebracht wurde. Die Stadträte Kunschak und Rummelhardt rufen: Ein Antrag hat den Antrag auf den Tisch des Referenten gelegt. Nach Rücksprache mit dem Referenten teilt GR. Weigl mit, dass der Antrag tatsächlich auf den Tisch des Referenten niedergelagt habe und er im Einverständnis mit dem Gemeinderate den gefassten Beschluss reasumieren und den weitgehenderen Antrag zur Abstimmung lassen bringen werde. Der Beschluss über den Referentenantrag wird reasumiert, der Antrag Dr. Hengl abgelehnt und hierauf der Referentenantrag beschlossen.

GR. Dr. Neubauer referiert weiters über Subventionierung der Lehrervereinigung "Lichtbild" mit zehntausend Schilling.

GR. Wawerka (E.L.) wünscht eine höhere Subventionierung und stellt den Antrag den Betrag auf 15.000 Schilling zu erhöhen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Referentenantrag angenommen und der Antrag des GR. Wawerka abgelehnt.

GR. Dr. Neubauer referiert schliesslich über die Subventionierung der Gesellschaft für vielfältigende Kunst mit fünfhundert Schilling, der Wiener Philharmoniker für 1926 und 1927 mit je tausend Schilling, des Wiener Lehrer a capella Chor mit dreihundert Schilling und schliesslich der zoologisch-botanischen Gesellschaft mit tausend Schilling.

Zu den Anträgen sprechen die Gemeinderäte Uebelhör und Dr. Hengl. GR. Uebelhör stellt bezüglich der Subvention der Philharmoniker den Antrag, den Betrag auf fünftausend Schilling zu erhöhen und GR. Hengl stellt bezüglich der Subventionierung der zoologisch-botanischen Gesellschaft den Antrag, die in Aussicht genommene Summe zu verdoppeln.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Referentenanträge angenommen und die Anträge der Mitglieder der Einheitsliste abgelehnt

GR. Pokorny referiert über die Bewilligung eines Kredites von 318.816 Schilling zur Deckung von Wertabschreibungen bei den städtischen Lagerhäusern pro 1926.

GR. Zimmerl (E.L.) verlangt die Rückverweisung des Antrages, da nach seiner Ansicht an der bereits vorgelegten Bilanz nichts mehr geändert werden kann; und zum Beispiel die Mitglieder des deutschen und österreichischen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt und der Antrag angenommen. GR. Pokorny sucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von

215.366 Schilling für das Mehrerfordernis für 1926 der Kosten der Gebäudeführung der allgemeinen Volks-, Bürger- und Mittelschulen.

GR. Stüger (E.L.) bringt die Angelegenheit der Walter-Realschule zur Sprache und wünscht dass der Kampf der Gemeinde Wien mit dem Bund nicht auf den Rücken des Elternvereines ausgetragen werde.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Ohne Wortmeldung wird dann der Antrag des GR. Pokorny angenommen, einen Zuschusskredit von 48.772 Schilling zur Deckung des ausgesteigerten Strom- und Materialverbrauches sich ergebenden Mehrerfordernisses für Beleuchtung der Amtsräume zu genehmigen.

StR. Richter ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von 4365 Schilling für die Kosten der Gehaltsauszahlung für die Feuerwehr

GR. Doppler (E.L.) bringt bei der Gelegenheit zur Sprache, dass eine Feuerwehrstudienkommission aus Deutschland in Wien war. Zum Begrüssungsabend waren sowohl der Bürgermeister als auch StR. Richter eingeladen, aber weder der Bürgermeister noch StR. Richter erschienen. Auf das Einladungsschreiben antwortete der Bürgermeister überhaupt nicht, StR. Richter entschuldigte sich und auch das Feuerwehrkommando der Stadt Wien war auf dem Begrüssungsabend nicht vertreten.

StR. Richter teilt mit, dass er nur von dem Wiener Verband der freiwilligen Feuerwehren eingeladen wurde. Da er keine Zeit hatte, musste er sein Fernbleiben an dem Begrüssungsabend entschuldigen. Bezüglich der Subvention, von der GR. Doppler gesprochen hatte, kann er mitteilen, dass es nicht üblich ist, an Besuche von Subventionen zu geben. Der Antrag wird angenommen.

GR. Schafranek ersucht um Genehmigung einer Subvention von hundert Schilling für die Freiwillige Feuerwehr in Wieselburg und um eine Subvention für die Freiwillige Feuerwehr Mauerbach mit vierhundert Schilling.

Zu den Anträgen spricht GR. Untermüller, der die Beiträge viel zu niedrig findet.

G.R. Schafranek erklärt, dass es sich bei dieser Subvention eigentlich nur um eine Anerkennung handelt. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schafranek berichtet über die Aktion für die Errichtung eines Girardi-Denkmales. Es hat sich ein Komitee gebildet, dass an die Gemeinde mit dem Ansuchen um eine Subvention herangetreten ist. Der Entwurf für das Denkmal stammt vom Bildhauer Otto Hofer: es soll am Friedrichsplatz aufgestellt werden. Es wird beantragt, eine Gemeindeunterstützung von 4000 Schilling zugewähren.

G.R. Rummelhardt (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde etwas spät diesen Antrag vorlege. Anlässlich einer Veranstaltung zugunsten des Denkmalfonds bei Gerngross hat man dem Bürgermeister erwartet, er ist aber nicht erschienen. Es sei deshalb sehr erfreulich, dass jetzt scheinbar ein Umschwung stattgefunden hat. Die Subvention ist aber doch etwas zu karg, weshalb die Minderheit eine Verdoppelung beantrage. Bei dieser Gelegenheit verlangt der Redner auch eine Unterstützung für das Netroy-Denkmal.

G.R. Schafranek erwidert, dass die Gemeinde ohnehin doppelt so viel gebe, wie der Bund. Ein Lizitieren sei hier nicht angebracht.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Rummelhardt abgelehnt. Vorsitzender Weigl schliesst nunmehr die Sitzung. Nächste Sitzung Freitag fünf Uhr nachmittags.

GR. Wawerka fortfahrend: Nur durch die Vorlage des Verzeichnisses